

KOMMENTAR

Dreimal Danke!

Nach den Personalratswahlen in der Bundespolizei Mitte Mai ist es an der Zeit, Danke zu sagen.

Von **Jörg Radek**

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Einmal Danke!

Als Erstes ein großes Dankeschön an die Wahlvorstände vor Ort. Die ehrenamtlichen Wahlvorstände in der Bundespolizei haben ihre Aufgaben mit dem gleichen Pflichtbewusstsein und der gleichen Einsatzbereitschaft erfüllt wie die anderen Mitarbeiter der Bundespolizei. Die Durchführung von Wahlen ist gesetzliche Pflicht. Die Wahlvorstände haben sich an dieses Recht gehalten.

Daher hatte der Hauptwahlvorstand für die Bundespolizei im Vorgriff auf die Änderung der Wahlordnung bereits am 16./17. März 2020 beschlossen, in der gesamten Bundespolizei die Voraussetzungen für

die Durchführung von Briefwahlen zu schaffen. Die Wahlvorstände in den Behörden und Dienststellen hatten dies daraufhin bereits fleißig vorbereitet. Der Be-

schluss zur Vorbereitung der Briefwahl erfolgte übrigens nicht nur durch uns, sondern auch mit ausdrücklicher Zustimmung der fremden Listen, die allerdings zum Teil trotz Einladung nicht an der Wahlvorstandssitzung teilnahmen. Damit dürfte feststehen, dass die Personalratswahlen mit Zustimmung aller teilnehmenden Gewerkschaften als Briefwahl durchgeführt wurden. Dazu waren allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre Wahlunterlagen bequem per Post zugesandt worden, damit sie rechtzeitig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten.

Wir erleben gerade in der Pandemie, wie wichtig unsere Freiheitsrechte sind, wie wichtig unsere Demokratie ist. Wir als Bundespolizei schützen sie. Diese Personalratswahl als Kinderspiel zu verunglimpfen, war daher keinesfalls angemessen gegenüber einem Privileg, das wir ausüben dürfen.

Zweimal Danke!

Über 62 Prozent Stimmenanteil für die Gewerkschaft der Polizei ist ein Vertrauensbeweis. Deshalb gilt das zweite herzliche Dankeschön unseren Wählerinnen und Wählern. Das inhaltliche Angebot für die Personalratsarbeit wird angenommen. Wir werden selbstkritisch hinterfragen, worin die Gründe für Unterschiede in den örtlichen Zustimmungsraten liegen.

Als wir unser Wahlmotto „Das Heute meistern – unser Morgen gestalten“ kreierten, kannten wir die Umstände

dieser Wahl noch nicht – und die Folgen der Pandemie für die Arbeit der Bundespolizei und die Menschen, die ihren Beitrag für diese erfolgreiche Behörde leisten. Diese Krise zeigt auf, was ansonsten gern vertuscht wird. Jeder Einsatzauftrag wird von einem Menschen erledigt mit Ängsten, Freuden, Sorgen und Zuversicht. Dabei wird er unterstützt von Menschen, die ähnlich empfinden. Für diese Menschen treten wir ein – seit jeher.

Zum Beleg hatten wir auch die Arbeitsergebnisse der vergangenen vier Jahre zur Abstimmung gestellt. Wir haben etwas zum Besseren bewirkt bei den Arbeitsbedingungen, den Aufstiegschancen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bei Ausstattung und Einsatzmitteln. Wir haben mit unseren Versprechen Wort gehalten.

Und das werden wir auch in den kommenden vier Jahren wieder tun. Um nur einige Schlaglichter zu nennen: Wir werden mitreden in Angelegenheiten der Arbeitsbedingungen. Der bauliche Zustand der Dienststellen ist dabei ebenso ein Thema wie die Flächenabdeckung des Digitalfunks oder der Witterungsschutz bei Grenzkontrollen. Auch überzeugen uns die Ausreden bei der Beschaffung der Winterstiefel nicht. Wir bleiben dran bei der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und bei der Fortsetzung der Hebungen im Tarifbereich. Wir werden die Erfahrungen des mobilen Arbeitens während der Pandemielage auswerten.

Unser Wahlerfolg stärkt unsere Durchsetzungskraft. Mit der Stimmabgabe für die Gewerkschaft der Polizei wurde das Fundament für die kommenden vier Jahre gelegt.

Dreimal Danke!

Mit teilweise neuen Mandatsträgern werden wir die gesteckten Ziele verfolgen. In diesem Zusammenhang geht der dritte Dank an all jene, die den gesetzlichen Ruhestand erreicht haben und bei diesen Wahlen nicht mehr angetreten sind. An der Spitze Martin Schillf als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats.

Frische Kräfte haben nun den Auftrag, die Mitbestimmung für die Menschen in den Behörden der Bundespolizei durchzusetzen. Auf geht's! ■





Personalratswahlen 2020

ERGEBNISSE DER PERSONALRATSWAHLEN FÜR DEN HAUPTPERSONALRAT

GdP erneut mit absoluter Mehrheit

Dank Eures Vertrauens und Eurer Stimmen hat die GdP auch künftig wieder die absolute Mehrheit im Bundespolizei-Hauptpersonalrat (HPR). In der konstituierenden Sitzung des neu gewählten HPR wurde Sven Hüber (rechts im Bild) einstimmig zum Gruppensprecher der Beamten und zum Vorsitzenden des HPR wiedergewählt.

Rüdiger Maas (links) wurde ebenfalls im Amt des Gruppensprechers der Arbeitnehmer bestätigt und ist weiterhin stellvertretender Vorsitzender. Erika Krause-Schöne (Mitte) wurde einstimmig zur stellvertretenden Gruppensprecherin der Beamten und in den erweiterten Vorstand, ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden, gewählt. ■



Foto: GdP-Bereich Bundespolizei

So haben die Beamtinnen und Beamten gewählt

Wahlbeteiligung

Wahlberechtigte: 41.943

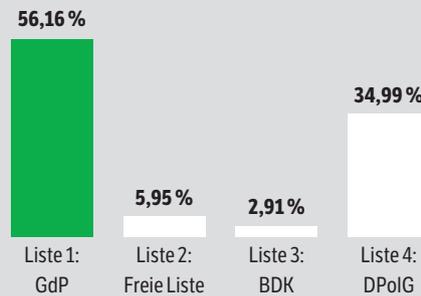
Abgegebene Stimmen: 23.037



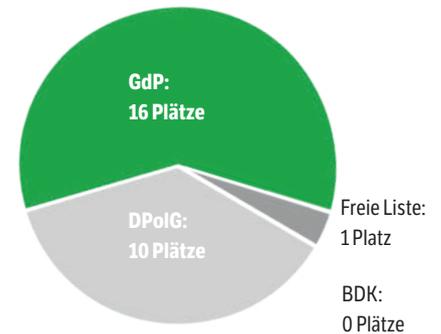
Das entspricht einer Wahlbeteiligung von

54,9 %

Davon Stimmen in Prozent für die einzelnen Listen



Daraus resultiert folgende Sitzverteilung



So haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewählt

Wahlbeteiligung

Wahlberechtigte: 5.909

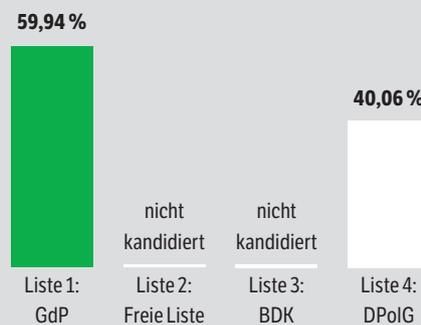
Abgegebene Stimmen: 3.913



Das entspricht einer Wahlbeteiligung von

66,2 %

Davon Stimmen in Prozent für die einzelnen Listen



Daraus resultiert folgende Sitzverteilung





ERGEBNISSE DER PERSONALRATSWAHLEN FÜR DEN BEZIRKSPERSONALRAT

GdP vollzieht Generationswechsel

So habt Ihr gewählt: Auch im Bezirkspersonalrat (BPR) hat die GdP künftig wieder die absolute Mehrheit. Danke für Euer Vertrauen. In der konstituierenden Sitzung wurde Judith Hausknecht (Mitte im Bild) zur neuen Vorsitzenden des BPR gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge von Martin Schilff an, der in den verdienten

Ruhestand gegangen ist. Detlev Mantei (links) wurde im Amt des Gruppensprechers der Arbeitnehmer und als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. Steffen Ludwig (rechts) wurde zum stellvertretenden Gruppensprecher der Beamten und ebenfalls zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. ■



Foto: GdP-Bezirk-Bundespolizei

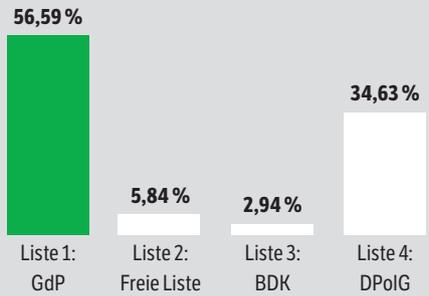
So haben die Beamtinnen und Beamten gewählt

Wahlbeteiligung

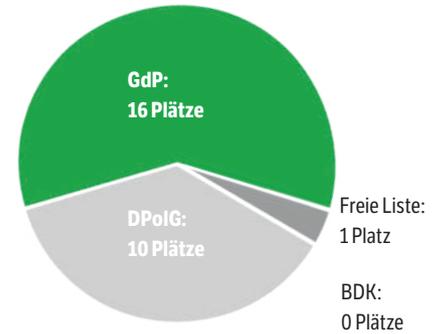
Wahlberechtigte:	41.943
Abgegebene Stimmen:	22.986



Davon Stimmen in Prozent für die einzelnen Listen



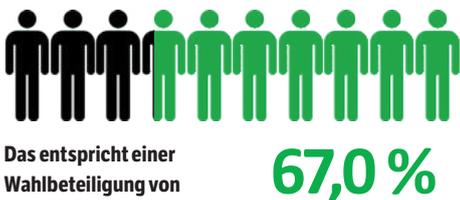
Daraus resultiert folgende Sitzverteilung



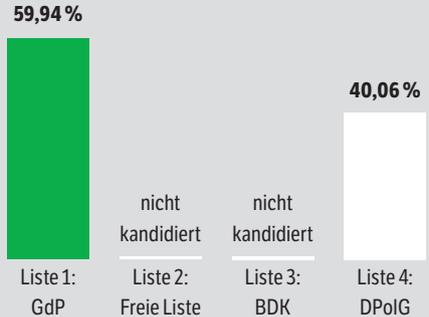
So haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewählt

Wahlbeteiligung

Wahlberechtigte:	5.909
Abgegebene Stimmen:	3.959



Davon Stimmen in Prozent für die einzelnen Listen



Daraus resultiert folgende Sitzverteilung





BEABSICHTIGTE ÄNDERUNG DER BUNDESLAUFBAHNVERORDNUNG

Vorgelegte Änderungen entsprechen nicht den Erwartungen

Ende Mai nahm die GdP am Anhörungsverfahren nach § 118 BBG zur beabsichtigten Änderung der Bundeslaufbahnverordnung teil. Zuvor hatte sie eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben.

Von Simone Krummen und Sven Hüber

Justiziarin und stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Im Rahmen der Beteiligung der Spitzenorganisationen der Beamten hatte die GdP bereits im Vorfeld des Beteiligungsgesprächs mit der Bundesregierung am 28. Mai 2020 zusammen mit dem DGB zu den Vorschlägen des BMI Position bezogen. Im Folgenden einige wichtige Punkte aus unserer Stellungnahme:

Aufstieg als Fernstudium ermöglichen

Die Gewerkschafter fordern unter anderem, in der BLV die Möglichkeit, laufbahnrechtliche Voraussetzungen in einem Fern-

studium zu erlangen – etwa beim Vorbereitungsdienst -, zu normieren. Auf diese Weise würde man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern.

Zugang zu Dienstposten der nächsten Laufbahn vereinfachen

Hinsichtlich des § 27 BLV, nach dem Dienstposten der nächst höheren Laufbahn mit leistungsstarken Beamten laufbahnwechselnd besetzt werden können, beabsichtigt das BMI gravierende Änderungen. So soll statt einer bisher 20-jährigen Dienstzeit mit

fünf Jahren im Endamt der Laufbahn als Zulassungsvoraussetzung zukünftig genügen, drei Jahre lang mindestens das vorletzte Amt der bisherigen Laufbahn innegehabt zu haben. DGB und GdP fordern zusätzlich, die Regelungen des § 27 von „Kann-Vorschriften“ in „Soll-Vorschriften“ zu ändern, um Verbindlichkeit zu schaffen und den Laufbahnwechselmechanismus auch im Vollzugsdienst der Bundespolizei tatsächlich zur Anwendung zu bringen. Kritisiert wird, dass es weiterhin eine Begrenzung auf besondere Dienstposten und das zweite Beförderungsamts geben soll. Zudem erneuert der DGB seine Kritik aus der Evaluation des § 27 im Jahr 2018, wonach die Vorschrift im Vollzugsbereich der Bundespolizei bisher offenbar kaum angewandt wird (lediglich ein Fall ist uns bekannt). Das Laufbahnwechselverfahren stellt zudem auf Dienstposten ab, nicht auf das Amt der Laufbahn. Laufbahnwechselnde Beamtinnen und Beamte sind mithin auf den Dienstposten festgelegt. Das passt nicht zu der Dynamik bei der Bundespolizei. Die Möglichkeiten des verkürzten Aufstiegs in §§ 17, 18 BPolLV sind befristet, § 27 BLV ist daher als grundsätzlich geeignet für den Polizeivollzugsdienst zu formulieren.

Sozialere Regelungen bei Entlassung in der Probezeit gefordert

GdP und DGB fordern eine Ergänzung in § 28 BLV, dass rechtzeitig vor einer Entlassung in der Probezeit wegen der besonderen Umstände im Einzelfall zu prüfen ist, ob ein tarifvertragsrechtliches Arbeitsverhältnis angeboten werden kann. Diese Ergänzung ist notwendig, um unbillige Härte (beispielsweise wegen Fehlen der gesundheitlichen Eignung bei Menschen, die von einer Behinderung bedroht sind) zu vermeiden.

Wiedereinführung der Probezeitverkürzung gefordert

Die GdP und ihr Dachverband fordern auch, die Möglichkeit der Verkürzung der Probezeit für besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte wieder einzuführen. Die Möglichkeit der Beförderung in der Probezeit wird regelmäßig nicht angewandt, so-





dass hier ein nichtmonetärer Leistungsanreiz Sinn ergibt. So können starke Leistungen in der Laufbahnausbildung und in der Probezeit attraktiv honoriert und die seinerzeitige Verlängerung der Probezeit im mittleren Dienst bei entsprechenden Leistungen wieder ausgeglichen werden.

Keine zusätzlichen Beurteilungen für Probebeamte

Das Vorhaben des BMI, zukünftig auch Probebeamte (neben ihren Bewährungsbeurteilungen zu Mitte und Ende der Probezeit) noch zusätzlich in den Regelbeurteilungsturnus einzubeziehen, wird von GdP und DGB abgelehnt, weil kein neuer Erkenntnisgewinn erzielt und die Probebeamten regelmäßig nicht in Beförderungsauswahlentscheidungen einbezogen werden. Der dem gegenüberstehende Mehraufwand für die Erst- und Zweitbeurteiler ist angesichts Tausender Probebeamter in den kommenden Jahren unverhältnismäßig.

Ergebnisse des Beteiligungsgesprächs

Über diese Punkte wurde dann am 28. Mai 2020 mit dem BMI gesprochen. Aufgrund der Corona-Lage fand die Anhörung als Videokonferenz statt, wobei die GdP durch die Justiziarin, die Vertreterin der GdP Bund und die Abteilungsleiterin für den öffentlichen Dienst beim DGB vertreten war.

Bereits zu Beginn des Gesprächs wies der DGB darauf hin, dass die nun vorgelegten Änderungen nicht den Erwartungen des DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften entsprachen, zumal die GdP auf Aufforderung des BMI im September letzten Jahres umfassende Neuerungen für eine Novellierung vorlegte. Das BMI machte jedoch deutlich, dass die Grundstrukturen des Laufbahnrechts derzeit nicht angetastet werden sollten, sodass im Ergebnis zunächst über die jetzigen Änderungen zu diskutieren war.

Der DGB und die GdP setzten sich für eine Erweiterung des § 27 BLV ein, um noch mehr Kolleginnen und Kollegen einen Aufstieg zu ermöglichen. Das BMI ließ jedoch durchblicken, dass es an § 27 BLV bis auf die bisherigen Änderungen keine weitere Durchlässigkeit zulassen möchte. Besonderheiten der Bundespolizei seien bekannt und sollten in der entsprechenden Laufbahnverordnung vorgenommen werden. Weiterhin wurde über die Übernahme der Fachoberlehrerinnen und -lehrer in der Bundespolizei gesprochen. Einer analogen Anwendung des § 23 BLV wurde zwar eine Absage erteilt, aber uns wurde mitgeteilt, dass an diesem Thema derzeit gearbeitet würde. Die von der GdP vorgeschlagene Verkürzung der Probezeit für besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte sah das BMI bedauerlicherweise als nicht notwendig an. Die GdP sieht diese Möglichkeit der Honorierung besonderer Leistungen zu Beginn der beruflichen Karriere jedoch weiterhin als probates Mittel an und bekräftigte dies. ■

Nachruf

Fassunglos trauern wir um unseren Kollegen

Egon Reichel

der am 21. März 2020 im Alter von 68 Jahren viel zu früh aus dem Leben gerissen wurde. Wir trauern um einen anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit seinen Dienst als Kontroll- und Streifenbeamter in der Bundespolizeiinspektion Stralsund versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und Angehörigen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Dirk Stooß für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Stephan Lange für die GdP-Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern

DIGITALFUNK

Es muss was passieren

Aus Anlass eines Medienberichts zu Problemen mit dem Digitalfunk bei der Bundespolizei hat die GdP noch einmal darauf hingewiesen, dass sie bereits seit Einführung immer wieder auf Probleme aufmerksam macht.

GdP-Bezirk Bundespolizei

Angesprochen wurde dabei unter anderem die Objektversorgung in Gebäuden: „Das Thema Funklöcher in Bahnhöfen und Flughäfen ist ein Dauerbrenner bei jedem Politikergespräch“, so Jörg Radek, Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei. Selbst Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann wurde bereits auf die Misere hingewiesen.

Laut einem Artikel der Berliner Zeitung vom 7. Mai 2020 weist nun auch der Bundesrechnungshof auf diese „gefährliche Sicherheitslücke“ hin. Die Zeitung verweist auf einen entsprechenden Bericht des Bundesrechnungshofes. Demnach gerieten Einsatzkräfte der Bundespolizei in Bedrängnis, weil keine Verstärkungskräfte angefordert werden konnten. Für Radek nur ein weiterer Grund, endlich Abhilfe zu fordern: „Gut, dass unsere Kritik offensichtlich angekommen ist. Diese Warteschleife von zehn Jahren seit Einführung muss ein Ende haben“, so der Gewerkschafter. ■



TAGUNG DER TARIFKOMMISSION DES GdP-BEZIRKS BUNDESPOLIZEI

Umfangreiche Themenpakete

Vom 2. bis 4. März 2020 tagte die Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei im Hotel Seeblick in Kirchheim/Hessen.

Von Hans-Gerd Müller

Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei



Zunächst informierte der Vorsitzende Detlev Mantei zu verschiedenen Sachverhalten. Rüdiger Maas gab in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei und geschäftsführendes Vorstandsmitglied für den Bereich Tarifpolitik/Tarifrecht einen aus-

föhrlichen gewerkschaftlichen Situationsbericht und informierte über Schwerpunktthemen.

Thematisiert wurden ebenfalls die aus dem Kassenanschlag 2019 resultierenden Höhergruppierungsmöglichkeiten. Dem vorausgegangen waren die 1.000 Hebun-

gen von Entgeltgruppe 5 bis in Entgeltgruppe 8, die aufgrund langjähriger Bemühungen der GdP und dank parlamentarischer Unterstützung im Bundeshaushalt 2019 abgebildet werden konnten. Insbesondere für die Bundespolizeidirektionen bedeutet das einen „Quantensprung“, da bisher nur einzelne Haushaltsstellen in der Entgeltgruppe 7 ausgebracht waren.

Allerdings ist es nicht nachvollziehbar, dass eine Hebung von Arbeitsplätzen in den Führungsgruppen der Bundespolizeiinspektionen aktuell vom Bundespolizeipräsidentium nicht gesehen wird. In der Praxis werden viele Aufgaben vom Bundespolizeipräsidentium auf die Bundespolizeidirektionen delegiert und von dort auf die Bundespolizeiinspektionen abgeschichtet. Mittlerweile ist auch die organisatorische Umsetzung der Aufgabenkritik in den Stäben der Bundespolizeiinspektionen abgeschlossen und die entsprechenden Dienstpostenübertragungen sind bereits zum 1. September 2019 erfolgt.

Auch in Kenntnis der hierarchischen Struktur der Bundespolizei war es keinesfalls Wille und Intention der Politik und schon gar nicht der handelnden GdP, dass nur Höhergruppierungen auf Ebene der Oberbehörde (BPOLP) und den Behörden (BPOLDen, BPOLAK) erfolgen. Vielmehr sollte durch die Hebung der 1.000 Tarifstellen die Attraktivität des gesamten Tarifbereiches bis auf Ebene der Dienststellen (BPOLlen etc.) gesteigert werden.

Tarifverhandlungen 2020

Nachdem im Frühjahr die Tarifrunde bei den Ländern zum Abschluss gekommen ist, bewegen wir uns mit großen Schritten auf die Tarifrunde für die Arbeitnehmer von Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zu. Die erste Verhandlungsrunde ist für Anfang September 2020 vorgesehen.

Die ständig zunehmende Arbeitsbelastung, steigende Lebenshaltungskosten bei vergleichsweise niedrigen Gehältern und die Umsetzung der vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich werden die Kernthemen sein, denen sich die Tarifkommission auch in der Zukunft intensiv widmen wird. ■



UPCYCLING-PROJEKT „ZOLL-WERKSTATT“

Aus alten Zoll-Hemden werden Alltagsmasken

Aktuell werden in Berlin mehrere Hundert Alltagsmasken aus alter Zolldienstkleidung hergestellt. Die Masken entstehen im Rahmen eines Upcycling-Projektes.

Von Marcel Schäfer

GdP-Bezirksgruppe Zoll



Alle Fotos: GdP/ Marcel Schäfer

Grün hat ausgedient – der Zoll wird blau. Fast 13.500 komplette persönliche Dienstkleidungsausstattungen in ganz Deutschland werden daher nicht mehr gebraucht. Aus diesem Grund haben sich einige Auszubildende im Hauptzollamt Stuttgart zusammengetan und das Upcycling-Projekt „Zoll-Werkstatt“ gegründet.

Dazu haben die Initiatoren des Projekts einen bundesweiten Spendenaufruf für die benötigten Kleidungsstücke gestartet, denn die Dienstkleidung gehört nicht der Zollbehörde, sondern ist persönliches Eigentum der Zollbeamten. Viele Zöllnerinnen und Zöllner kamen dem Aufruf nach und spendeten ihre Dienstkleidung.

Und so entstehen nun während der Corona-Lage aus jedem Hemd circa vier Masken. Der flexible Gummizug ist ebenfalls aus ausgemusterter Dienstkleidung gewonnen.

Doch die „Zoll-Werkstatt“ verarbeitet nicht nur Hemden zu Masken, sondern alles, was an alter Zollkleidung ankommt – unter anderem zu Taschen, Rucksäcken und Mäppchen.

Neben Abfallvermeidung, Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Kreativität verfolgt das Upcycling-Projekt zudem einen sozialen Ansatz: Alle Einnahmen verbleiben in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung. ■



Verabschiedungen

VERABSCHIEDUNG IN CORONA-ZEITEN

Was ist am Ende eines Arbeitslebens zu sagen? – Vieles, aber in erster Linie: Danke!

Von Martin Schmitt

Vorsitzender GdP-Direktionsgruppe Frankfurt am Main Flughafen



Foto: GdP / Martin Schmitt

Am 30. April 2020 erfuhr Dieter Ebert (rechts) eine würdige Verabschiedung, auch durch den Flughafen-GdP-Chef Martin Schmitt (links). Und doch unterschied sich die Zeremonie aufgrund der COVID-19-Lage von dem, was wir als Normalität kennen.

Unser Kollege Dieter Ebert versah am 30. April 2020 seinen letzten Dienst in der Bundespolizeiinspektion I des Frankfurter Flughafens. Dieter Eberts solidarische Begleitung – sowohl als Gewerkschafter als auch als Personalrat – mündete stets in seinem Engagement zum Einsatz der Durchsetzung berechtigter Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen. Allmachtsfantasien und der alleinige Anspruch auf Wahrheit ließen ihn immer ganz unruhig werden und aufbegehren. Ganz egal, wer hierfür als „Absender“ in Erscheinung trat. Gleiches galt für den streitbaren 61-Jährigen für systemerhaltende Ironie, wenn diese eben nicht angezeigt erschien. Genau das macht die Einzigartigkeit Dieter Eberts aus. So wurde er dann auch noch von Teilen seiner Dienstgruppe überrascht und

„COVID-19-konform“ mit Applaus gebührend gefeiert: als Mensch, als Kollege, als Vorgesetzter. Dieter Ebert übernahm nämlich auch Verantwortung auf vielen personalrätlichen Ebenen und konnte Ende der 1980er- bzw. Anfang der 1990er- Jahre Akzente als Personalratsvorsitzender am Frankfurter Flughafen setzen. Gleiches galt für seine mannigfaltigen Verantwortungsübernahmen in verschiedenen GdP-Gremien. So wurde er auch in der vorletzten Aprilwoche zu seiner letzten Teilnahme an einer Sitzung des Bundespolizei-Hauptpersonalrates ebenfalls adäquat für sein Engagement geehrt. Lieber Dieter, Deine GdP-Direktionsgruppe wünscht Dir alles erdenklich Gute für den vor Dir liegenden neuen Lebensabschnitt – vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen. ■

KG KEMPTEN

Abschied zweier langjähriger Stützen

Von Michael Pistner

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Kempten

Ende April 2020 haben zwei langjährige Angehörige der Bundespolizei die Inspektion Kempten in den verdienten Ruhestand verlassen. Am 26. April 2020 konnte der Kreisgruppenvorsitzende Michael Pistner **[1]** Alfred Frei nach fast 46 Dienstjahren als Bahnpolizist und Bundespolizist verabschieden. Nach genau 50 Jahren Zugehörigkeit zur Bundespolizei und zur GdP verlies **[2]** Dieter Jobst am 29. April 2020 die Dienststelle. Wir wünschen unseren beiden frischen „Un-“Ruheständlern viel Spaß und werden immer eine offene Tür für sie haben. ■



[1]



[2]

Fotos: GdP-Kreisgruppe Kempten

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.